



RONALD BARAZON

Es ist jetzt etwa vierzig Jahre her, da lud der junge, frischgebackene Finanzminister Hannes Androsch zu einem Informationsgespräch in das Wiener Palais Auersperg. Der aufstrebende Sozialdemokrat verkündete in dem barocken Rahmen einen großzügigen Ausbau der Bausparförderung: Möglichst jeder Österreicher sollte in den eigenen vier Wänden wohnen, sein eigenes Palais haben.

Vierzig Jahre später wird auf Geheiß von Neo-Linken die Bausparförderung gekürzt. Keine Rede mehr von jedem sein eigenes Palais.

Am Palais Auersperg fehlt eine Ehrentafel

Und wenn die Bausparer der vergangenen Jahrzehnte heute ihre Häuser verkaufen wollen, droht ihnen, den Linken sei Undank, eine Steuerfalle. Damit begnügen sich aber die neuen Marxisten nicht: Sie wollen auch noch eine Vermögens- und eine Erbschaftsteuer.

Die sonderbar anmutende Klassenkampf-Nostalgie soll verlorene Wähler zurückholen. Kleiner Hinweis: Damals, in den Siebzigerjahren, als die „Roten im Nadelstreif“ mit Bausparen und anderen Teufeleien jeden zum kleinen oder nicht so kleinen Kapitalisten machten, hatte die SPÖ die absolute Mehrheit. Jetzt sind es nicht einmal 30 Prozent. Vielleicht gibt es in der SPÖ noch einige Parteimitglieder, die den Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Sozialismus nicht vergessen haben. Diese sollten am Palais Auersperg eine Ehrentafel anbringen.

Vor nunmehr fünfunddreißig Jahren hat derselbe Finanzminister Hannes Androsch im großen Saal der Wiener Börse am Ring eine Reform des Pensionssystems gefordert. Und einer der Kernpunkte bestand in dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer privaten Altersvorsorge als Ergänzung der Sozialversicherung.

Da bäumte sich in der SPÖ auch 1977 der Sozialismus gegen die Sozialdemokratie auf: Die Illusion, dass die Pensionsversicherungsanstalt die Altersvorsorge allein und nur allein besorgen kann, durfte auch damals nicht infrage gestellt werden. Also gibt es keinen Anlass, um an der Wiener Börse eine Erinnerungstafel anzubringen.

Androsch erklärte vor fünfunddreißig Jahren, dass man etwa vierzig Jahre benötige, um das Pensionssystem umzubauen, ohne die Bevölkerung zu über-

fordern. Österreich wäre also jetzt in der Endphase der Reform angelangt und hätte eines der größten Probleme gelöst. Tatsächlich hat der Umbau immer noch nicht begonnen.

Im Eifer des neuen Klassenkampfes wird in diesen Tagen auch die seit einigen Jahren bestehende Förderung der privaten Vorsorge gekürzt. Vermutlich soll da ein Privileg der Reichen fallen. Die Eiferer übersehen dabei, dass sie 1,6 Millionen Österreicher bekämpfen, die mit der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge für eine private Zusatzpension ansparen.

1,6 Millionen, die Altersvorsorge betreiben, 5 Millionen Bausparer, also 6,6 Millionen Kapitalisten – da gibt es nur eine Parole: Auf zum Klassenkampf!

Ihre Meinung?
salzburg.com/barazon